

Pankow statt Nordpol

STÄDTEBAU In vielen Orten fehlt es an Wohnraum – doch in Berlin wurde ein Projekt gestoppt, um das Klima zu schützen. Der Konflikt wird auch auf andere zukommen.

Britta Krehl hatte nie die Absicht, Aktivistin zu werden. Krehl ist eine ruhige Frau, Fotografin, in Berlin geboren. Vor vier Jahren zog sie in eine ehemalige DDR-Siedlung mit einem grünen Hinterhof im Norden der Stadt. Der Klee steht hier im Frühjahr knöchelhoch, Amseln jagen durch die Luft, Spatzen schimpfen, und eine Hummel pendelt zwischen Grashalmen umher.

Krehl sitzt im Schatten einer haushohen Kastanie und erzählt von dem Fall, der nun ihrer ist. Wenn es nach der Berliner Wohnungsbaugesellschaft Gesobau geht, sollen an diesem Ort bald nicht nur Hummeln brummen, sondern auch die Motoren von Baggern und Kränen. Ein Teil der 170 Eichen, Buchen und Kastanien wird dann gefällt, der Spielplatz im Hof nebenan plattgemacht. Etwa 100 Wohnungen sollen hier entstehen. »Nachverdichtung« nennt das die Stadt.

Krehl will das verhindern. Sie ist die Sprecherin der Bürgerinitiative »Grüner Kiez Pankow«, die sich aus Protest gegen das Pro-

jekt gegründet hat. Die Mitglieder sammeln Unterschriften und reichen Anträge bei der Bezirksverordnetenversammlung ein.

In anderen Zeiten wäre Krehls Initiative bloß ein weiterer Protest von Anwohnern, die wollen, dass alles so bleibt, wie es ist. Doch in Zeiten der Klimakrise steht ihr Protest auch noch für etwas Größeres.

Die Initiative bekommt Unterstützung aus der Politik. So blockiert der Bezirk Pankow das Bauprojekt inzwischen und führt als Grund den »Klimanotstand« an. Berlin wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen. Er wird die Stadt im Sommer heißer machen, im Winter wird es mehr regnen. Dafür muss Berlin sich rüsten. Man braucht Wiesen, in denen Wasser versickert, und Bäume, die Schatten spenden.

Doch die Stadt hat noch ein anderes Problem. So hat auch der Zuzug aus Deutschland, Europa und aller Welt dazu geführt, dass in Berlin der Wohnraum sehr knapp geworden

ist. Die Mieten steigen seit Jahren, den sogenannten Mietendeckel kippte kürzlich das Bundesverfassungsgericht. Um das Leben in Berlin bezahlbar zu halten, braucht es Wohnungen. 30 000 Stück wollte die Stadt deshalb bis Ende 2021 bauen – mithilfe der lokalen Wohnungsbaugesellschaften. Doch dafür braucht sie auch Grünflächen.

Der Fall in Pankow könnte daher zu einem Präzedenzfall werden. Es geht hier um eine Frage, die Städte in ganz Deutschland beschäftigen wird. Was ist wichtiger: Wohnung oder Wiese?

»Ich habe mich noch nie für irgendwas Größeres eingesetzt«, sagt Krehl. »Ich dachte immer, wir leben ja in einem ordentlichen Land.« Bis im März 2019 ein Brief in ihrem Briefkasten landete. »Sehr geehrte Damen und Herren«, begann das Schreiben. »Hiermit laden wir Sie zu einer Partizipationsveranstaltung ein.«

Gesobau stellte ein großes, weißes Zelt im Hof auf, postierte Wachleute, um den Einlass zu regeln, wie Krehl sagt. »Und dann wurde uns dort das Bauprojekt vorgestellt.«

In den beiden Höfen der Siedlung sollten neue Wohnungen entstehen. Die Anwohnenden mussten nun über das Aussehen der Neubauten entscheiden. »Es gab eine L-Form, eine H-Form und eine I-Form«, sagt Krehl. Per Knopfdruck sollten sie abstimmen. »Wir waren sehr aufgebracht. Hier soll doch gar nicht gebaut werden.« Ein Verantwortlicher der Gesobau habe gesagt, so Krehl, sie könnten machen, was sie wollen, es werde auf jeden Fall gebaut.

Krehl und andere Betroffene wandten sich an einen Abgeordneten der Bezirksverord-



Bürgerinitiative »Grüner Kiez Pankow« in Berlin: Präzedenzfall für ganz Deutschland?

netenversammlung, der dort einen Antrag auf mehr Mitbestimmung einreichte. Die Gesobau hätte die Anwohnerinnen und Anwohner stärker in die Planung einbeziehen müssen. Der Antrag hatte Erfolg – die Gesobau musste das Partizipationsverfahren neu starten. Doch damit kamen die Menschen ihrem Ziel, den Bau ganz zu verhindern, nicht näher. Sie mussten einen anderen Hebel finden und entdeckten das Klima.

Fragt man Krehl, ob es ihnen um den Hof oder um die Welt gehe, sagt sie: »Letztlich hat doch jeder eine egoistische Motivation. Die Gesobau will Wohnungen bauen, wir wollen unseren Hof erhalten. Aber nur weil wir davon profitieren würden, ist es ja nicht falsch, ihn zu erhalten.« Man tritt Britta Krehl und ihren Mitstreitenden nicht zu nahe, wenn man sagt: Sie sind auch aus Eigensinn zu Klimaaktivistinnen geworden.

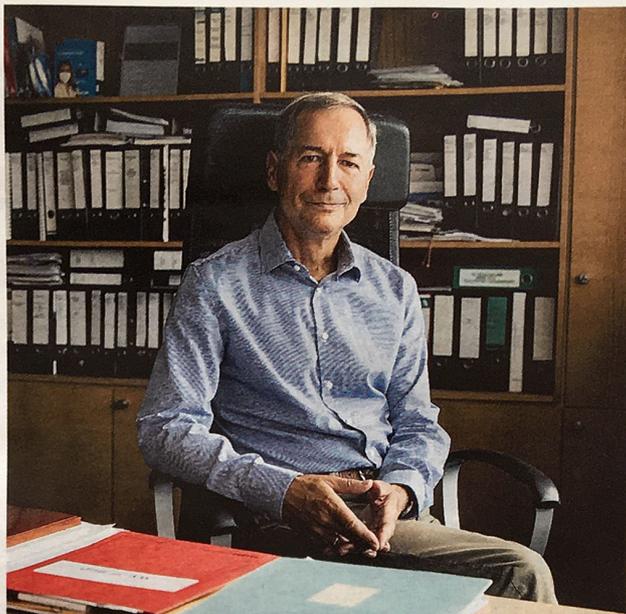
Die Pankower Initiative organisiert nun regelmäßig Feste im Hof, die sie »Klimakonzerte« nennt. Sie hat Patenschaften für Bäume vergeben. Eine ging an den linken Politiker Gregor Gysi, der sagte: »Es ist ein wunderschöner Hof. Ich finde, er muss erhalten bleiben.«

Im August 2019 rufen die Abgeordneten der von Linken, Grünen und SPD dominierten Bezirksversammlungen den »Klimanotstand« aus. »Alle Entscheidungen des Bezirksamtes«, beschließt das Gremium, »sind auf ihre Auswirkungen auf das Klima zu prüfen und unter die Prämisse einer bestmöglichen Klimaverträglichkeit zu stellen.« Pankow war damit der erste Berliner Bezirk, der so weit ging. Klimaschutz, so sagen es SPD-Abgeordnete, solle »zum Primat der eigenen Politik« werden.

Ein Jahr später zeigt sich in Pankow, was das bedeutet: Die Grünen beantragen, das Bezirksamt einen Bebauungsplan für das Quartier erstellen zu lassen, in dem auch der Wohnblock von Britta Krehl liegt. In einem solchen Plan kann der Bezirk auch Flächen ausweisen, auf denen nicht gebaut werden darf.

Die Firma Gesobau reagiert, indem sie kurz darauf einen Bauantrag einreicht. Denn bis der Bebauungsplan existiert, dauert es. Und sobald die Baugenehmigung erteilt ist, darf Gesobau bauen. Doch das Bezirksamt weigert sich, die Genehmigung auszustellen. Im April 2021 stoppt sie das Bauprojekt. Erst soll der Bebauungsplan entstehen.

Mitentschieden hat das Bezirksbaustadtrat Vollrad Kuhn. Er ist ein ruhiger Mann, der die Grünen in



Martin Steiger / DER SPIEGEL

der DDR mitgegründet hat und seit Jahrzehnten Politik in Berlin macht. Wenn man mit ihm telefoniert, hat man nicht das Gefühl, mit einem Fanatiker zu sprechen. Fragt man ihn nach der Initiative, sagt er: »Die sind sehr professionell, sie haben gekämpft, Unterschriften gesammelt.«

Auch Kuhn hat seine Position geändert. »Jahrelang hieß es, wir müssen bauen und nachverdichten.« Doch in den vergangenen Jahren sei etwas passiert. »Es hat ein Umdenken stattgefunden«, so Kuhn. Würde Gesobau bauen, »würden wir die Innenhöfe zerstören, der Spielplatz müsste weg«, Bäume auch. »Das ist angesichts des Klimanotstands nicht mehr machbar.« Er sei weiterhin für Nachverdichtung, allerdings müssten Grünflächen erhalten bleiben.

Für den Berliner Bausenator Sebastian Scheel ist das ein Problem. Scheel ist, genau wie Baumpate Gregor Gysi, Mitglied der Linkspartei. Er nennt den Bebauungsplan einen »Verhinderungsbebauungsplan« und hält das Klimaargument für vorgeschoben. »Da wird Wahlkampf gemacht«, sagt er. In einigen Wochen wird in Berlin das Abgeordnetenhaus neu gewählt. »Nachverdichtung«, sagt Scheel, »ist essenziell für die Stadt.« Wenn auf bestehenden Flächen nachverdichtet wird, sind die Wohnungen automatisch gut angebunden – es müssen keine neue S-Bahn-Station, keine Straßen und Bürgersteige gebaut werden.

Der Widerstand des Bezirks sei gefährlich für Scheel, sagt Kuhn. »Der Bausenator möchte hier wohl einen Präzedenzfall verhindern. Wenn sich die Position »Nicht in meinem Hof«

Baustadtrat Kuhn:
Was ist wichtiger –
Wohnung oder Wiese?

durchgesetzt, hätte er ein Riesenproblem.« Im Mai reichte die Gesobau Klage ein, um die Erteilung der Baugenehmigung zu erzwingen. Der Bausenator unterstützte das. »Man kann erwarten, dass das Bezirksamt sich an die gesetzlichen Vorgaben hält«, so Scheel. »Die Not der Wohnungssuchenden gegen die Klimanotlage auszuspielen ist in meinen Augen der falsche Weg.« Scheel sagte, es habe natürlich Umweltgutachten gegeben, er sprach von Ersatzflächen, begrünten Fassaden. Doch dem Bezirk reichte das nicht.

»Wir werden diese Konflikte in Zukunft öfter erleben«, prognostiziert Umweltjurist Moritz Reese. Er forscht am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung zu nachhaltiger Stadtentwicklung. »Da gibt es einen Clash zwischen städtebaulichen Paradigmen«, sagt er. Dabei sei längst klar, dass immer weiter verdichtete Städte auf Dauer nicht lebenswert seien. »Wenn man eine grüne und nachhaltige Stadt haben will, kann man nicht nur nach innen wachsen.« Der Fall in Pankow sollte allen Städten eine Warnung sein, sagt Reese. »Um diesen Konflikt zu managen, brauche ich eine übergreifende Planung. Es reicht nicht, mit kleinteiligen Bebauungsplänen zu agieren.«

Die Klimakrise entscheidet sich nicht im Hinterhof von Britta Krehl. Und doch scheint sich hier etwas zu verschieben. Vor Jahren war die Klimakrise etwas, das auf Gipfeltreffen verhandelt wurde. Es war große Politik und weit weg. Aber jetzt geht es nicht mehr nur um den Nordpol, sondern auch um Berlin-Pankow.

»Die Insekten müssen doch auch irgendwo wohnen«, sagt Britta Krehl im Schatten der Kastanie. Krehl und ihre Mitstreitenden haben sich inzwischen mit anderen Bürgerinitiativen vernetzt. Eine setzt sich dafür ein, ein Stadion zu sanieren, statt es neu zu errichten. Andere sind wie Krehl gegen Nachverdichtung in ihren Höfen.

Es gehe auch um die Frage, ob man noch in der Lage sei, Kompromisse zu finden, sagte Bausenator Scheel vor Wochen. Inzwischen gibt es etwas Hoffnung. Es laufen Gespräche zwischen Senat und Bezirk. »Wir versuchen«, so Bezirksbaustadtrat Kuhn, »gemeinsam einen Weg zu finden.«

Vielleicht liegt es am Wahlkampf? Überall in Berlin hängen gerade Plakate. Auf einem prangt der Slogan »Ein Grundrecht auf Wohnen. Nicht auf Profite«. Das Poster stammt von den Grünen. Hannes Schrader ■

»Die Insekten müssen doch auch irgendwo wohnen«, sagt die Aktivistin.